



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

g/XII/22 - 26. Januar 1957

Einweise

zum Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21891-33

Fernschreiber 0886890

Um das tägliche Brot	S. 1
Dulles löst internationalen Wirbel aus	S. 3
Eine offene Wunde	S. 4
Bundesverteidigungsminister Strauß und die Wüste	S. 5
Lohnfortzahlung: gesetzlich und für alle Arbeit- nehmer ?	S. 7

Höhere Brotpreise ?

E.F. Worüber schon seit Monaten hinter geschlossenen Vorhängen und Konferenztüren getuschelt wird, das hat sich jetzt doch herumgesprochen. Der Brotpreis ist in Gefahr.

Es wäre verfehlt, die Schuld daran dem Getreideerzeuger in die Schuhe zu schieben, wie das unbedachterweise oft und gerne geschieht. Ausdrücklich soll anerkannt werden, dass der Bauer seit Jahren den durch das Getreidepreigesetz festgesetzten, unverändert gebliebenen Mindestpreis für sein Getreide erhält. Trotzdem ist es in Laufe der Zeit mehrfach zu Brotpreiserhöhungen gekommen.

Die Schuld an der nun auf uns zukommenden Brotpreiserhöhung liegt eindeutig bei der Bundesregierung. Wenn sie heute vor der Notwendigkeit einer Brotvertenerung steht, so hat sie selbst wie in letzter Zeit bei mehreren Landwirtschaftlichen Erzeugnissen - es sei hier nur an Zucker und Wein erinnert - mit ihrer verfehlten Einfuhr- und Vorratspolitik den Anstoß dazu gegeben.

Nach dem Motto: Der kluge Mann baut vor, versucht man der Bevölkerung einzureden, dass der Brotverzehr ja ständig zurückgehe und deshalb der Brotpreis keine Bedeutung für die Gesamtausgaben an Nahrungsmitteln mehr habe. Es sei hier jedoch festgestellt, dass diese Behauptung nicht stimmt. Der Verzehr an Weizenmehl zeigt eindeutig steigende Tendenz. Er betrug im Jahre 1935/36 - 61,0 kg, im Jahre 1950/51 - 61,1 kg und im Jahre 1954/55 - 63,2 kg. Der vorübergehend abgesunkene

26. 1. 1957

Roggenbrotverzehr steigt seit Beginn dieses Jahres wieder merklich.

Zu der heutigen Lage haben die in den letzten Jahren geübten Praktiken der Einfuhr- und Vorratsstellen geführt, die es Handel und Genossenschaften erlauben, ihr Getreide beinahe risikolos aufzukaufen. Finden sie bei den Mühlen keinen Absatz mehr, so nimmt ihnen die Einfuhr- und Vorratsstelle das Getreide bei Vergütung aller Kosten einschliesslich der Handelsspannen ab. Die Handelsspanne ist bei dieser Handhabung zu einer festen Grösse und absolut sicheren - staatlich garantierten - Einkommensquelle geworden. Der Ernährungsminister sollte gründlich bedenken, wohin es führt, wenn die gesamte Wirtschaft ihre Risiken auf den Staat abwälzen wollte !

Diese Art der Intervention ist für den Finanzminister ein kostspieliges Geschäft. Ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte im Ernährungsausschuss des Bundestages, dass die Getreideaufnahme durch die EVST 63 DM je Tonne Getreide an Kosten verursache, während bei Abgabe desselben Getreides durch die EVST nur 13 DM je Tonne erlöst würden. Die nicht abwälzbaren Kosten betragen also für die EVST 50 DM je Tonne. Wenn man berücksichtigt, dass im Wirtschaftsjahr 1955/56 die EVST 960 000 Tonnen Inlandgetreide eingelagert hat, so betragen die zusätzlichen Lagerkosten 48 Millionen DM. Hinzu kommt für Lübke das Dilemma der Mühlenwirtschaft. Allein 50 Millionen DM musste die Bundesregierung einsetzen, um die überschüssige und unwirtschaftliche Mühlenkapazität stillzuliegen. Und bei all diesen Machenschaften wird am Ende das Brot doch teurer.

Die sozialdemokratischen Agrarpolitiker haben Minister Lübke schon seit langem auf diese Konstruktionsfehler hingewiesen. Er hat keine durchgreifenden Massnahmen zugelassen und muss nur sehen, wie er aus der Zwickmühle herauskommt. Das tägliche Brot ist noch immer eine Frage allerersten Ranges.

Was wollte Dulles?

sp - Mit der Bemerkung, ein amerikanischer Soldat würde es vorziehen, im Ernstfalle im Nahen Osten nicht Seite an Seite mit französischen und britischen Truppen zu kämpfen, weil er glaube, dass sich ein amerikanischer Soldat ohne sie wesentlich sicherer fühle, hat der amerikanische Außenminister Dulles einen internationalen Wirbel ohnegleichen ausgelöst. Die sonst so zurückhaltende Londoner "Times" schreibt zu der Äußerung von Dulles, diese sei nicht nur beleidigend und schädlich, zumal die Russen versuchen, die anglo-amerikanischen und französisch-amerikanischen Differenzen zu verschlimmern.

Was Dulles mit seiner Äußerung sagen wollte, "erläuterte" etwas später ein Sprecher des Weissen Hauses. Dieser betonte, Dulles habe lediglich auf die entflammten Gefühle der Ägypter gegen die britischen und französischen Truppen als Ergebnis der britisch-französischen Suez-Intervention Bezug genommen und es sei in keiner Weise beabsichtigt gewesen, den Wert und den Ausbildungsstand der britischen oder französischen Truppen herabzusetzen. "Es gibt keine, die wir mehr als Alliierte schätzen".

Diese "Erläuterung" wird kaum dazu angetan sein, die aufgebrachte öffentliche Meinung in England und Frankreich wieder zu beruhigen. Denn Dulles hat in einer vielleicht etwas ungeeigneten Situation das gesagt, was viele Amerikaner denken.

Es ist noch nicht zu übersehen, ob der amerikanische Außenminister mit seiner Äußerung bewusst der seit dem Suez-Konflikt und dem eigenmächtigen Vorgehen der Engländer und Franzosen bereits brüchigen NATO den Todesstoss versetzen wollte. Möglich ist alles. Schon bei der letzten Sitzung des Atlantikrates in Paris hat Dulles es abgelehnt, die NATO-Partner vor eigenen amerikanischen Aktionen ausserpolitischer oder militärischer Art zu unterrichten. Was nachträglich über die angebliche Solidität der NATO dann geredet wurde, klang schon nicht mehr echt.

Jetzt wird ^{man} erneut und verstärkt in allen westlichen Hauptstädten zu überlegen haben, ob es nicht an der Zeit ist, die während der Korea-Krise geborene NATO-Konzeption aufzugeben und an die Stelle der Politik der Militärblöcke ein Sicherheitssystem zu setzen, das nicht auf der Vorstellung beruht, die ganze Welt unbedingt in zwei miteinander wettrennende Giganten aufteilen zu müssen.

26. 1. 1957

Gibt es in Deutschland noch Antisemiten?

Offizielle, auf das Prestige der Bundesrepublik bedachte Kreise werden eine solche Frage verneinen. Und dennoch: da gibt es z.B. in der "Neue Illustrierte", Köln, eine Rubrik "Leserbriefe". Kürzlich regte ein nach England emigrierter deutscher Jude, namens Löwenstein, an dieser Stelle an, die Bundesrepublik möge (er hat wohl an die moralische Wiedergutmachungspflicht gedacht!) der im Verlauf der Suezkrise wieder einmal heimatlos gewordenen Juden gestatten, sich in Deutschland niederzulassen.

Es antworteten einige Deutsche und das Blatt veröffentlichte auch zwei dieser Leserbriefe (vielleicht waren es mehr?). Der eine meint, dass den Juden in der Tat während der Nazizeit "durch einen geringen Teil der Bevölkerung schweres Leid zugefügt" worden sei, aber fraglos würden die für das Geschehen in Ägypten in erster Linie verantwortlichen Engländer "als erste eine Hilfsaktion starten". Überdies handle es sich eben bei den Juden um "Angehörige eines aggressiven Volkes" und die würden allzumal "bei den Opfern" nicht gern gesehen. Der Hohn ist mit Händen greifbar.

Der zweite Leserbrief müht sich nicht einmal, das Wein zu verbrämen. Der Einsender, er zeichnete mit Namen und Adresse, hatte im Jahre 1952/53 - wie er schreibt - das Unglück, einem Betrüger in die Hände zu fallen. Es handelte sich um einen Baukostenzuschuss. Der Mann, der mit ihm viele andere Wohnungssuchende schädigte, war angeblich Jude. Zumindest behauptet der Einsender das. Und nun schreibt er voll blutiger Ironie: "Meinerseits erwarte ich dringendst die Rückkehr eines rumänisch-deutsch-ägyptischen Juden.. Die festgestellten Forderungen gegen ihn beliefen sich auf einige zigtausend Mark".

Mit anderen Worten: "So sind sie eben, die...."

Das soll man nicht so tragisch nehmen? Ja, wenn es nur das wäre ! Aber da gibt es noch jene Schule in einer Großstadt der deutschen Bundesrepublik, aus der ein jüdischer Vater sein Kind - auf Wunsch der

26. 1. 1957

Schulleitung -, kürzlich herausnehmen musste, weil es für ein jüdisches Kind eben "zu schwierig" sei, eine deutsche Oberschule zu besuchen.

Oder da ist der Bericht eines jungen Mädchens, Sekundazlerin im Lande Nordrhein-Westfalen. Der Klassenlehrer hatte sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass es noch - oder schon wieder-antisemitische Tendenzen gäbe. Da brach der Sturm los! Die Juden seien schlecht, minderwertig, an allem Unglück schuld usw.! Die ganze aus der Nazizeit wohlbekanntes Litanei. Der Klassenlehrer fühlte sich der Situation nicht gewachsen. Er beendete das Thema: "Beginnen wir mit der Lateinstunde".

Es wären tiefsinnige Betrachtungen möglich: Warum, wieso, weshalb? Vielleicht ein Thema für Dissertationen von Psychologen. Aber darum geht es garnicht! Der Antisemitismus ist mehr oder weniger latent da, und er muss geächtet werden. Das ist unsere menschliche Aufgabe. Das kann jede Regierung, die es ernstlich will. Beginnen wir bei den Schulen. Wir brauchen eindeutige Erlasse, die das Thema in den Schulplan einbeziehen; das Thema: Das dritte Reich und die Juden. Die nachwachsende Generation weiss von den grauenvollen Geschehen kaum etwas!

Man sollte dafür Sorge tragen, dass immer wieder jener 6 Millionen Juden gedacht wird, die auf "Befehl des Führers" und "von Staats wegen" hingerichtet wurden. Ihrer Habe beraubt, geschunden und gemordet!

+ + +

Bundesverteidigungsminister Strauß und die Wüste

sp - Am Mittwoch, dem 23. Januar 1957, veröffentlichte der "General-Anzeiger für Bonn und Umgebung" auf der ersten Seite folgende Meldung:

"Ausbildung in Nordafrika"?

B.Bonn. (Eig.Ber.) Unter dem Vorsitz Dr. Adenauers tagte gestern der Bundesverteidigungsrat. Bundesverteidigungsminister Strauß berichtete u.a. über die Besichtigung der Raketenversuchsstation der

französischen Armee in der nordafrikanischen Wüste bei Colomb-Bachat. Er hat dort geprüft, ob sich dieser Platz unter Umständen auch für die Ausbildung deutscher Raketenregimenter eignet. Mit seinen französischen Kollegen hat Strauss auch Möglichkeiten einer gemeinsamen deutsch-französischen Panzerproduktion erörtert. Gedacht ist an einen 30-Tonnen-Panzer, da die Versuchsserien mit dem amerikanischen M-49 und dem britischen "Centurion" ergeben haben sollen, dass diese beiden Typen für die Bundeswehr zu schwer sind."

Das Bundesverteidigungsministerium äusserte sich zu dieser Meldung, am Mittwoch nicht. Als bis Donnerstag, den 24. Januar 1957 noch immer keine Stellungnahme zu der oben stehenden Meldung des "General-Anzeiger" vorlag, veröffentlichte der SPD-Pressedienst unter der Überschrift "In die Wüste!" am gleichen Donnerstagnachmittag einen Artikel, in dem auf die Gefährlichkeit der in der Meldung des "General-Anzeiger" angedeuteten Möglichkeit der Ausbildung deutscher Truppen in Nordafrika hingewiesen wurde. Erst nach Veröffentlichung dieses Artikels im SPD-Pressedienst erfolgte über das Bundespresseamt eine Stellungnahme des Verteidigungsministers. Das Bundespresseamt gab bekannt, das Bundesverteidigungsminister habe weder im Verteidigungsrat noch an anderer Stelle über die Möglichkeit der Stationierung oder Ausbildung deutscher Truppen in Nordafrika gesprochen.

Wir nehmen diese Stellungnahme des Bundesverteidigungsministers mit Erleichterung zur Kenntnis, geben aber unserer Verwunderung darüber Ausdruck, dass sie uns - der Redaktion des Sozialdemokratischen Pressedienstes - nicht übermittelt wurde. Wir machen ferner darauf aufmerksam, dass unseres Wissens beim Bundesverteidigungsministerium Pläne für die Ausbildung deutscher "Raketenregimenter" ausgearbeitet werden und hoffen daher umso mehr, dass dem Verteidigungsausschuss des Bundestages in Kürze mitgeteilt wird, wo nun tatsächlich die zukünftigen deutschen "Raketenregimenter" ausgebildet werden sollen. Militär-experten versichern, dass dies in Deutschland nicht möglich sei. Auch die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten der US-Raketenregimenter werden in Nordafrika ausgebildet, weil in der Bundesrepublik keine Möglichkeit dazu gegeben ist.

Ein entscheidender Schritt in soziales Neuland

Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages, MdB Willi Richter, gewährte unserem Redaktionsmitglied R.D. nachfolgendes Interview.

R.D. "Als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages haben Sie, Herr Richter, den Streik in Schleswig-Holstein und der jetzt getroffenen Tarifvereinbarung über die Lohnfortzahlung sicher ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Welche Auswirkungen dieses Streiks und der Tarifvereinbarung erwarten Sie auf die gesetzgeberische Arbeit des von Ihnen geleiteten Bundestagsausschusses?"

Willi Richter: "Ich hoffe, dass jeder Bundestagsabgeordnete, vor allem die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses, gleich viel welcher Fraktion sie angehören, durch den Streik von der grossen Bedeutung dieser Frage für alle Arbeiter überzeugt worden sind. Es ist bekannt, dass die SPD im Herbst 1955 einen Gesetzentwurf über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle im Bundestag eingebracht hat. Dieser Entwurf ist im Ausschuss während des Jahres 1956 wiederholt behandelt worden."

R.D. "Es ist doch aber bekannt geworden, dass die Vertreter der Regierungsparteien dieser Behandlung Widerstand entgegengesetzt haben?"

Willi Richter: "Nach den nun vorliegenden Erklärungen hoffe ich, dass alle Schwierigkeiten in dieser für die Gesundheit der Arbeitnehmer und das Wohlergehen ihrer Familien so bedeutsamen Frage überwunden sind."

R.D.: "Wird die nun zu erwartende gesetzliche Regelung in ihrem sachlichen Inhalt für die Unternehmen und Arbeiter mit der jetzigen tariflichen Vereinbarung vergleichbar sein?"

Willi Richter: "Der Initiativentwurf der SPD erstrebt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Das vorliegende Einigungsergebnis sieht jedoch vor, dass den Arbeitnehmern die Differenz zwischen dem Krankengeld und dem Netto-Lohn von den Arbeitgebern gezahlt wird. Ohne Zweifel ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der IG.-Metall und den Arbeitgebern ein erfreulicher Schritt in der Richtung auf das von dem vorliegenden Gesetzentwurf der SPD verfolgte Ziel. Ich bin überzeugt, dass der Bundestag in seinem Gesetz eine günstigere Regelung finden wird, als sie von den Arbeitgebern in Schleswig-Holstein zugestanden wurde."

R.D.: "Kann man also sagen, Herr Richter, dass die eindrucksvolle Demonstration des Streiks in Schleswig-Holstein und das überraschend hohe Ergebnis der Abstimmung den Weg zu einem weiteren sozialpolitischen Fortschritt geebnet hat?"

Willi Richter: "Nach dem Grundgesetz (Artikel 3) - gleiches Recht für alle - kann das in unserem Arbeitsrecht für einen Teil der Arbeitnehmer bereits vor Jahrzehnten eingeführte Recht auf Fortzahlung des Arbeitseinkommens bei Krankheit, den Arbeitern nicht länger vorenthalten werden."